

In: ZUR DEBATTE. Themen der
Katholischen Akademie in Bayern.
München Nov./Dez. 1985, S. 3 – 4

Die Armen Lateinamerikas

Wolfgang Schoop

● Ob in Peru oder Bolivien, ob in Brasilien oder Ecuador, überall zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Armut wächst und mit ihr die Verzweiflung. In allen Großstädten trifft man auf Bettler, auf mehr Bettler als früher. Es sind kleine Kinder, zitternde Greise, rüstige Männer, Blinde und Krüppel, die um Geldspenden bitten. Es müssen Millionen Menschen sein, die heute auf diesem Kontinent von Almosen leben.

Die Schlagzeilen der Zeitungen werden beherrscht von der Inflation, von Streiks, von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, von den Auslandsschulden, von den Auflagen des Internationalen Währungsfonds. In einigen Ländern ist die Versorgungslage prekär geworden: So gibt es in Bolivien zeitweilig kein Brot und kein Fleisch. Hier ist die Situation statistisch gesehen am schlechtesten. Die Inflation wird in diesem Jahr zwischen 4000 und 6000 % betragen. Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Arbeiters ist seit 1980 von umgerechnet 200 US-Dollar auf 20 US-Dollar gesunken. Brasilien, die größte Nation Lateinamerikas mit 130 Millionen Menschen, müßte jedes Jahr zwei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen, um Schritt zu halten mit dem rasanten Bevölkerungszuwachs von 2,5 %.

Eine bisher nicht gekannte Verbrechenswelle reflektiert das soziale Elend. Die Großstädte sind ein gefährliches Pflaster geworden. Überfälle sind an der Tagesordnung. 100 000 verlassene Minderjährige bevölkern die Straßen von Sao Paulo und versuchen, ihr Leben zu fristen. In Rio de Janeiro gibt es mittlerweile 10 000 Gefängnisinsassen, die wegen Diebstahls, Mord oder Raubdelikten mit

dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Der Drogenkonsum bei jugendlichen Slumbewohnern und Prostitution auch in ländlichen Zentren haben geradezu flächenhaft zugenommen und bezeugen das wachsende Elend. Die Bewohner dagegen, die etwas zu verlieren haben, verbarrikadieren sich hinter Gittern, Ketten und Alarmanlagen. Tausende von Leibwächtern bewachen die Vororte der „gehobenen“ Bevölkerungsschichten.

In ihren Hirtenworten weist die brasilianische Kirche immer wieder auf die verschiedenen Formen der Unterdrückung und Gewalt hin. Mit Gewalt bezeichnet sie einen Zustand, der den Menschen in permanenter Abhängigkeit und Unterentwicklung hält und ihm keine Chance läßt, sich frei, nach seinen eigenen Maßstäben zu entwickeln. Die brasilianischen Bischöfe machen dafür u. a. die Vernachlässigung des Nord-Süd-Dialogs verantwortlich sowie die sozio-kulturelle Diskriminierung innerhalb der brasilianischen Gesellschaft, die mangelnde Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen und die Modernisierung der Wirtschaft auf Kosten des vom Hunger geplagten Volkes. Auch die Anwendung physischer Gewalt wird durch ein Organ des brasilianischen Episkopats, der „Kirchlichen Kommission für Landpastoral“ (CPT), an die Öffentlichkeit gebracht und angeprangert. Sie registriert allein 1983 48 Morde an Kleinbauern und 24 bei Konflikten ums Leben gekommene Arbeiter und Gewerkschafter.

Elend und Not

Wenn man die Situation der Armen in Lateinamerika näher betrachtet, so stößt man als erstes auf den Unterschied zwischen ländlicher und städtischer Armut. Auf der einen Seite stehen die Kleinbauern, Teilpächter, Landarbeiter oder Tagelöhner, auf der anderen Seite sind es die Bewohner der innenstädtischen Slums und randstädtischen Elendsvierteln, die besondere Not leiden.

Bei der ländlichen Zielbevölkerung lassen sich nun grundsätzlich zwei Gruppen unterscheiden: Es handelt sich einmal um Angehörige von Gruppen in „traditioneller Armut“. Sie verharren in einem vorindustriellen Entwicklungsstand, und ihre Bedürfnisse sind noch nicht in dem Maße auf das moderne Angebotsmuster der Gegenwart ausgerichtet. Zahl-

reiche Gruppen der indianischen Urbevölkerung Brasiliens gehören ebenso hierher wie Teile der Hochlandindianer Zentralamerikas oder der tropischen Andenländer.

Sie teilen das Los der ethno-kulturellen Minoritäten, obwohl sie in den andinen Ländern zumeist die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Diese unterdrückte Mehrheit aus Ackerbauern, Lamazüchtern, Handwebern oder Arzneimittelsammlern wird von einer mestizischen und weißen, meist städtisch orientierten Schicht (z. B. von Händlern, Transportunternehmern, Verwaltungsangehörigen, Lehrern und früher auch von einem Teil der Geistlichen) ausgebeutet.

Eine zweite sehr viel größere Gruppe von bedürftiger Bevölkerung auf dem Land bildete ursprünglich die bäuerliche oder handwerkliche Grundsicht ihrer Gesellschaft und wurde durch einseitige kapitalintensive und technokratische Förderung bestimmter wirtschaftlicher Bereiche aus dem Produktionsprozeß verdrängt. Es handelt sich hierbei um Opfer einer stattgefundenen Modernisierung, ein Phänomen, das mit dem Begriff der „fortschrittsbürtigen Unterentwicklung“ beschrieben werden kann.

Wenden wir uns dem städtischen Bereich zu, wo es ebenfalls zahlreiche Zielgruppen kirchlicher Entwicklungsarbeit gibt:

Im informellen Bereich sind es vor allem die Neuzuwanderer, die als ambulante Händler, Altmaterialsammler, Gelegenheitsarbeiter oder als Hausangestellte versuchen, in der städtischen Wirtschaft Fuß zu fassen. Da in diesem Beschäftigungsbereich ein Überangebot von Arbeitskräften besteht, sind ihre Einkünfte unregelmäßig und niedrig, eine Situation, die von der ansässigen Stadtbevölkerung gehörig ausgenutzt wird. Ihre materielle Not wird durch ihre Wohnsituation in provisorischen bzw. sozial degradierten Siedlungsgebieten besonders deutlich vor Augen geführt.

Eine Tätigkeit im formellen städtischen Sektor, z. B. im Baugewerbe, im Handwerk oder im nicht-ambulanten Handel bedeutet aber noch keine weiterreichende Sicherung der Existenz. Besonders traditio-

nelle Beschäftigungsbranche können durch Konkurrenz moderner Industrieartikel und durch Importwaren aus dem Ausland in ihrem Fortbestand gefährdet werden. Die durch Verschuldung und Inflation ausgelöste Arbeitslosigkeit im industriellen Bereich sowie überhöhte Steuerungen im Mietsektor können ferner zum sozialen Abstieg zahlreicher Mittelschichtfamilien führen.

Im städtischen wie im ländlichen Bereich gibt es die gesellschaftlich und politisch extrem Benachteiligten. Zu diesen gesellschaftlichen Randgruppen gehören die Behinderten, alte Menschen, Kinder ohne Eltern, alleingelassene Mütter mit ihren Kindern.

Beispiele und Zeichen

Die Kirche sieht gerade in diesem für sozio-ökonomische Belange wenig relevanten Bereich ihre Aufgabe darin, durch modellhafte Projekte Beispiele zu geben und Zeichen zu setzen für ein christlich orientiertes Menschenbild. Darüber hinaus tritt die Kirche auch zunehmend für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen ein, für die Flüchtlinge (etwa in Guatemala), die Gefängnisinsassen (z. B. in Peru), wo eine humanitäre Hilfe weit über eine Armutsbekämpfung hinausgeht.

Wie ist es zu dieser polarisierten und spannungsreichen Situation, beispielsweise in Brasilien gekommen? Auf der einen Seite standen seit Beginn der 60er Jahre Kapitalbildung und Aufbau einer modernen Technologie, auf der anderen Seite eine straffe Beschränkung der gesellschaftlichen, insbesondere auch gewerkschaftlichen Bestrebungen um Teilnahme am politischen Geschehen. Das enorm hohe Wirtschaftswachstum wurde durch eine soziale Disziplin zuwegegebracht, die nur durch ein autoritäres Regime erreicht werden konnte. Man folgte dem Grundsatz der „Nationalen Sicherheit“. Dieser geht davon aus, daß nur eine energische Zügelung der Protestbewegungen und der Opposition vor „ideologischen Entgleisungen“ schützen kann. Die Militärs betrachteten sich als obersten Moderator der in Konflikt stehenden gesellschaftlichen Gruppen im Lande.

Es kam zur Stärkung der ohnehin privilegierten Gruppen, die sich durch „Ausbau einer entsprechenden Bürokratie, durch Beherrschung der Massenkommunikationsmittel, durch Regelung von

Import und Export“ des Staatsapparates bedienten und als „Staatsklasse“ bezeichnet werden.

Die Entwicklungsstrategie jener Epoche bestand u. a. aus folgenden Elementen: Drastische Lohn- und Einkommensminderung für die Massen mit bestimmten Vergünstigungen für die Mittelklasse; schnelle Modernisierung der Produktion durch Schaffung sicherer und günstiger Investitionsmöglichkeiten; starke internationale Verflechtung mit den westlichen Industrienationen durch Kapitalaufnahme und Ansiedlung transnationaler Industrieunternehmen.

Die brasilianische Wirtschaft wurde auf dieser Grundlage mit dem globalen Netz der Industrien der USA, Westeuropas und Japans auf das engste verflochten. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Investor im Lande, wobei deutschstämmige Gesellschaften, die über Drittländer operieren, (z. B. über die Bahamas und Panama), nicht einmal berücksichtigt sind. Bei den deutschen Direktinvestitionen standen folgende Industrien im Vordergrund: Fahrzeugsektor, Maschinenbau und Elektroindustrie, Metallindustrie, Automobilzubehör und Chemieindustrie.

Nutznießler

Bekannte Namen deutsch-brasilianischer Firmen sind VW und Mercedes do Brasil. In den Industrievierteln der Großstädte reihen sich weitere namhafte deutsche Firmen aneinander: AEG, Telefunken, Bosch, Kraftwerkunion etc. Die Liste liest sich wie ein Auszug aus dem deutschen Börsenblatt. Die Deutsche Bank und die Dresdner Bank haben beträchtliche Anteile an Industriefirmen und Unternehmungen der Finanzsparte übernommen. Als einer der größten Gläubiger Brasiliens koordiniert heute die Deutsche Bank die Geschäfte bezüglich der brasilianischen Außenschulden in Europa.

Insgesamt kann nicht geleugnet werden, daß das deutsche Kapital einer der größten Nutznießer des autoritären Regimes in Brasilien gewesen ist. Wie

alle andern ausländischen oder transnationalen Geldgeber entziehen sich diese Investoren aber von der hohen staatlichen Vergünstigungen, die sie erhielten, einer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung.

Das wirtschaftliche Engagement der ausländischen und transnationalen Firmen hat in Brasilien wie in den übrigen Ländern des Kontinents zu erheblichen Außenverschuldungen geführt. In mehreren Fällen (etwa bei Mexiko, Bolivien) löste diese Auslandsverschuldung zeitweilig sogar eine Zahlungsunfähigkeit aus. Insgesamt kletterte Anfang 1985 die Verschuldung der Entwicklungsländer auf einen Betrag von über 900 Milliarden US-Dollar. 1973 waren es erst rund 100 Milliarden Dollar gewesen. Mehr als ein Drittel der Auslandsschulden heute, das sind rund 350 Milliarden Dollar, entfiel dabei auf die Länder Lateinamerikas. Mexiko erreichte 95 Milliarden und Brasilien steht mittlerweile mit über 100 Milliarden bei seinen ausländischen Gläubigern in der Kreide.

Seit 1983 übersteigen die Rückzahlungsverpflichtungen der Entwicklungsländer die Höhe der neuen Kredite. Zum ersten Mal hat sich in der jüngeren Geschichte der Kapitalfluß umgekehrt. Heute zahlt die Dritte Welt an Zinsen- und Schuldentilgung mehr an die Industrieländer zurück, als sie von diesen insgesamt (an Entwicklungshilfe, Krediten, Investitionen) erhält. Noch schlimmer ist es, wenn man diese Zahlungen allein auf die Entwicklungshilfe beschränkt. Auf 1 Dollar Entwicklungshilfe kommen 3 Dollar Rückzahlungsverpflichtungen. Diese Zahlen sind von der Weltbank ermittelt worden und werden seit Anfang Mai in verschiedenen deutschen Zeitungen veröffentlicht.

Devisenerwirtschaftung

Aufgrund der Verordnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden alle Maßnahmen verschuldeter Regierungen auf Devisenerwirtschaftung ausgerichtet. Die Dritte-Welt-Länder müssen demnach mehr exportieren als importieren und den Inlandverbrauch senken. Ferner wird eine Abwertung der nationalen Währung und eine Minderung der Staatsausgaben gefordert. Gestrichen wird vor allem bei den Sozialprogrammen, z. B. bei den Subventionen für Grundnahrungsmittel. Unverzicht-

bare Verbrauchsgüter wie Brot, Zucker, Öl usw. werden in einzelnen Ländern für die Bevölkerung unerschwinglich. Die restriktive Importpolitik behindert die Beschaffung von Ersatzteilen u. ä. und zerstört damit Produktionskapazitäten, so daß auch in diesem Bereich die Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Zusätzlich wird die Lohnquote gesenkt.

Es kommt zu einer wachsenden Verelendung, nicht nur der traditionellen wie fremdbürtigen Armutsgruppen sondern auch bis weit hinein in die sog. Mittelschicht. Wen wundert es, daß aus vielen Ländern Lateinamerikas eine Zunahme von Korruption und illegalen Geschäften auch im Bereich der einfachen Bevölkerung gemeldet wird. In dieser wachsenden Notsituation wird der Arme zum Ausbeuter des noch Ärmern.

Die IWF-Strategie geht ohne Zweifel zu Lasten der Masse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, vor allen Dingen zu Lasten der Bevölkerungsanteile, die keine Chancen haben, sich durch eigene Produktion Nahrungsmittel oder entsprechende Tauschobjekte herzustellen. Für viele Campesinos bedeutet es zudem eine arge Belastung, ihre Verwandten in den Städten mitzuversorgen. In bestimmten Notstandsgebieten wehrt sich die Bevölkerung ihrer Haut durch Demonstrationen, zum Teil durch Plünderung von Kaufhäusern oder durch Generalstreiks. In Fachkreisen geht man dazu über, bei derlei Konflikten von sog. IWF-Aufständen zu sprechen.

Besonders folgenreich können die Auflagen sein, wenn die landwirtschaftliche Produktion auf den Exportmarkt ausgerichtet wird und die Produktion für den Inlandbedarf rapide zurückgeht. Dort, wo Soja und Zuckerrohr für den europäischen Markt angebaut werden, standen vor einiger Zeit noch Maniok und Bohnen für die einheimische Bevölkerung. Die erwirtschafteten Devisen werden nun entweder zur Tilgung der Kredite oder für den Kauf hochwertiger Konsumartikel der einheimischen Stadtbevölkerung verwendet. Die Masse der Bevölkerung leidet dagegen in vielen Ländern unter einem existentiellen Mangel an Nahrungsmitteln.

In Brasilien haben nach Berechnungen der neuen

Regierung die Auflagen des IWF zur Drosselung der Inflation zwischen 1980 und 1983 folgende Konsequenzen gehabt: Das Prokopfeinkommen ist in diesem Zeitraum um 12 % gesunken, die Beschäftigung in den Industrien um 23 % zurückgegangen und die Privatinvestitionen haben den niedrigsten Stand der letzten dreißig Jahre erreicht. Rund 30% der Bevölkerung lebt in einem Zustand absoluter Armut.

Neues Selbstvertrauen

So sind auch die diesbezüglichen Apelle der deutschen Nichtregierungsorganisationen zu verstehen, die anlässlich des Wirtschaftsgipfels in Bonn an die Industrienationen und Staatengemeinschaften gerichtet wurden: Der Internationale Währungsfonds solle die soziale Folgewirkungen seiner Auflagen berücksichtigen. Durch geeignete Schritte soll die Schulden- und Zinslast der Dritten Welt gemildert werden. Die zum Stillstand gekommenen Verhandlungen über verbesserte Austauschbedingungen sollen wiederbelebt werden. Entwicklungshilfe soll nicht in erster Linie als Förderung der eigenen Außenwirtschaft verstanden werden.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich hat die Kirche in Lateinamerika in jüngster Zeit eine tiefgreifende Wandlung und Erneuerung erfahren. Sie entdeckte ihre Identität und neues Selbstvertrauen, indem sie sich mit der wachsenden Not auseinandersetzte, in der die lateinamerikanischen Völker heute leben. Die Kirche entschied sich für eine Hinwendung zu den vielen Menschen des Kontinents, die in Armut und unter Bedingungen des Unrechts leben müssen und unter diesen Bedingungen sich bemühen, ihrem Leben einen Sinn zu geben. Die Kirche tritt ein für den Schutz des Menschen, zumal für den der Ärmsten und Schwächsten. Sie kämpft für die Beseitigung aller Formen von Unterdrückung und Ungerechtigkeit, um Raum zu schaffen für die Würde des Menschen.

Die Kirche will verändern. Sie bejaht die Pflicht, eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Evangelisierung und pastorale Praxis einer erneuerten Kirche und die Bereitschaft, den Armen bevorzugte Aufmerksamkeit zu schenken, finden Resonanz und Unterstützung. Auf der anderen Seite kommt es zu

Bedrohungen, häufen sich Anfeindungen, Verleumdungen und Verfolgungen. Die wenigen, die viel haben, wünschen keine Kirche, die Egoismus, Willkür und soziale Mißstände scharf kritisiert und sich zum Anwalt der Massen des Volkes erklärt.

Seit Medellin und Puebla hat die Kirche ein neues Gesicht bekommen. Hatte sie doch von der Zeit der Conquista bis in die republikanische Ära in der Regel eine staatstragende Rolle eingenommen und erst in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend kritische Positionen bezogen. Daß eine derartige Rollenverschiebung nicht ohne Spannungen innerhalb der Kirche vor sich geht, ist selbstverständlich. Denn es gibt gleichzeitig starke Kräfte in der Kirche, die sich in erster Linie um die Verteidigung des eigenen Spielraumes bemühen. Diese Teile der Kirche konzentrieren ihr Engagement eher auf caritative Maßnahmen, während das Bemühen anderer mehr sozial-politisch ausgerichtet ist. Die Forderung nach einer effektiven Agrarreform, einer gerechten Arbeitsgesetzgebung und einer vernünftigen Preispolitik gehören in diesen sozial-politischen Bereich.

Gerade weil die lateinamerikanischen Länder überwiegend katholisch sind, spiegelt sich in den Reihen der Kirche die gleiche Polarisierung wider, die auch das übrige gesellschaftliche Leben kennzeichnet.